

Argumentarium

Das Cassis-de-Dijon-Prinzip sieht vor, dass aus einem EG-Land importierte Produkte, die nach den nationalen Vorschriften des Exportlandes hergestellt worden sind, grundsätzlich überall in der Schweiz in Verkehr gebracht werden dürfen.

Die Grünen kritisieren insbesondere die folgenden vier Punkte:

- Im Wettbewerb um tiefe Preise besteht das Risiko, dass mit diesem Prinzip hohe **Umwelt- und Qualitätsstandards** von schweizerischen Produkten geschleift werden.
- Dass die Preise wirklich sinken, ist nicht einmal garantiert. Es gibt bisher noch keinen Kontrollmechanismus, der sicherstellt, dass die von Bundesrätin Doris Leuthard versprochenen **Preissenkungen** auch wirklich an die KonsumentInnen weitergegeben werden. Leuthard hat solche Kontrollen erst aufgrund des drohenden Referendums in Aussicht gestellt.
- Um eine Diskriminierung von **inländischen Produzenten** zu verhindern, wird ihnen erlaubt, nach denselben Sozial- und Umweltbestimmungen zu produzieren, die für die importierten Waren gelten, auch wenn diese tiefer sind (Verhinderung der Inländerdiskriminierung).
- Die Einführung des CdD-Prinzips erfolgt **einseitig und ohne Gegenrecht der EU** und ihrer Länder. Die Schweiz gibt damit ein Verhandlungspfand im Austausch mit der EU ohne irgendeine Gegenleistung aus der Hand.
- Das Cassis-de-Dijon-Prinzip soll nicht nur für EU-weit harmonisierte Produktstandards gelten, sondern für die **Standards aller EU-Länder**. Die Folge wird ein riesiger administrative Aufwand zur Prüfung der Produktstandards von 27 EU Mitgliedstaaten sein.

Der Produktionsstandort Schweiz ist nicht auf Billig-, sondern auf Qualitätsprodukte ausgerichtet.

Die Skepsis der Grünen gegenüber dem Cassis-de-Dijon-Prinzip hat nichts mit einer EU-feindlichen Haltung zu tun. Die Grünen kämpfen seit 15 Jahren für einen EU-Beitritt. Wäre die Schweiz EU-Mitglied, könnte sie als solches für eine differenzierte Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips kämpfen. Sie könnte sich für das Recht jedes Landes stark machen, den eigenen Markt vor ökologischem und sozialem



Dumping zu schützen. Doch solange sie nicht Mitglied ist, gibt es keinen Grund, sich einer Regelung zu beugen, die der Umwelt und der Gesellschaft schaden.